



Niedersächsischer Verband
deutscher Sinti e.V.

Niedersächsischer Verband deutscher Sinti e.V.
Mario Franz (Präsident)
Fränkische Straße 41
30455 Hannover

Oberstaatsanwalt Dr. Ralf Peter Anders
Gorch-Fock-Wall 15–17
20355 Hamburg

Stellungnahme des Niedersächsischen Verbands deutscher Sinti zur Einstellung des Verfahrens gegen Herrn Pastor Dahnke

Sehr geehrte Damen und Herren,

Mit großem Interesse und zunächst vorsichtiger Zuversicht haben wir zur Kenntnis genommen, dass die Kirche ein internes Verfahren gegen Herrn Pastor Mathias Dahnke eingeleitet hat. Umso irritierter und enttäuschter sind wir über die zwischenzeitlich erfolgte Einstellung des Verfahrens und die aus unserer Sicht unzureichende Auseinandersetzung mit den von mehreren Zeugen bezeugten, diskriminierenden und möglicherweise volksverhetzenden Aussagen.

Die uns vorliegenden Ausführungen der staatsanwaltlichen Untersuchung lassen nicht nur erhebliche Zweifel an der inhaltlichen Schlüssigkeit des Urteils aufkommen, sondern verdeutlichen ein tiefer verankertes, strukturelles Problem institutioneller Praktiken: Die weiterhin fehlende ernsthafte institutionelle Bereitschaft, rassistische Äußerungen gegenüber Sinti und Roma als das zu behandeln, was sie sind – nämlich Ausdruck eines historisch gewachsenen und bis heute wirksamen gesellschaftlichen Antiziganismus.

Die Entscheidung, mehrere Zeugenaussagen mit dem Verweis auf mangelnde Protokollierung oder fehlende „Doppelbezeugung“ zu entkräften, stellt aus unserer Sicht keine neutrale Bewertung dar, sondern ist Ausdruck dessen, was wir als **„ignorare Form z.-projektionistischer Haltung“** bezeichnen: ein institutionelles Muster, das bestimmte Gruppen (wie Sinti und Roma) nicht nur nicht sieht, sondern ihnen durch selektives Weglassen von Kontext und Perspektive jede Relevanz abspricht – und sie so **erneut in Unsichtbarkeit drängt**. Diese Haltung verschiebt Verantwortung nicht nur symbolisch, sondern entzieht den Betroffenen aktiv die Möglichkeit zur gleichwertigen Partizipation im öffentlichen Diskurs und im Rechtssystem.

Indem institutionelle Akteure – sei es Staatsanwaltschaft, Kirche oder Öffentlichkeit – ihre Maßstäbe für „Glaubwürdigkeit“ ausschließlich aus formalen oder mehrheitsorientierten Kriterien ableiten, wiederholen sie die **projizierende Zuschreibungslosigkeit**, mit der Sinti und Roma schon im 20. Jahrhundert kriminalisiert, entrechtet und später zum Schweigen gezwungen wurden. Das in diesem Fall gezeigte

Desinteresse, strukturelle Machtverhältnisse zu benennen oder wenigstens die Stimme eines Vereins, der Kinder und Jugendliche aus unserer Gemeinschaft vertritt, ernsthaft zu berücksichtigen, offenbart eine Form von institutioneller Ignoranz, die mit dem moralischen Anspruch unserer demokratischen Gesellschaft unvereinbar ist.

Dass Aussagen von zwei zentralen Zeugen – darunter einem Gemeindepastor und dem stellvertretenden Vorsitzenden des Kirchengemeinderats – als „nicht belastbar genug“ eingestuft werden, lässt uns an der tatsächlichen Bereitschaft zweifeln, Diskriminierung gegen Sinti und Roma mit demselben Nachdruck zu verfolgen, wie es bei anderen Betroffenen Gruppen selbstverständlicherweise geschieht.

Wir fordern daher:

1. Eine erneute und unabhängige Bewertung der Aussagen der Zeugen unter Einbeziehung aller verfügbaren Quellen und möglicher weiterer Zeuginnen und Zeugen.
2. Eine öffentliche Stellungnahme der Kirche zur politischen Dimension des Vorfalls – auch unabhängig vom strafrechtlichen Ergebnis.
3. Eine strukturelle Überprüfung, wie mit rassistischen Vorfällen innerhalb kirchlicher Räume und Gemeinden umgegangen wird – auch im Hinblick auf institutionelle Verantwortung.
4. Die konsequente Berücksichtigung von Perspektiven aus der Minderheit der Sinti und Roma in allen Verfahren, die ihre Würde, Teilhabe oder Sicherheit betreffen.

Wir appellieren an alle Verantwortlichen:

Antiziganismus beginnt nicht mit Gewalt – sondern mit institutionellem Wegsehen.

Meine Damen und Herren,

Jeder von uns trägt die Verantwortung, dass Ausgrenzung, Rassismus und Diskriminierung, gerade in Bezug historischer Kontinuitäten bei bestimmten marginalisierten Gruppen, wie den Sinti oder Roma, endlich aufhören! Dieser Weg ist sicherlich nicht immer einfach – es ist ein Weg der Haltung und zeigt sich gerade bei den scheinbar „normalen“ Umständen im Alltag der Betroffenen, aber auch der Gesamtgesellschaft. Wir möchten an dieser Stelle unser tiefes Unverständnis über die Entscheidungen im Fall Pastor Dahnkes zum Ausdruck bringen und fordern Sie nachdrücklich dazu auf, die getroffenen Entscheidungen sowie den Umgang mit der Angelegenheit unter Berücksichtigung der historischen Verantwortung und der ethischen Verpflichtung gegenüber von Rassismus betroffenen Gruppen kritisch zu überdenken.

Als zivilgesellschaftliche Akteur:innen, die seit Jahrzehnten für die Rechte und die Anerkennung der Sinti und Roma eintreten, sehen wir uns in der Verantwortung, auf diskriminierende Strukturen und Handlungen mit aller Deutlichkeit hinzuweisen. Der vorliegende Fall wird von uns weiterhin aufmerksam begleitet. Wir werden nicht zögern, öffentlich Stellung zu beziehen und uns entschieden gegen jegliche Form rassistischer Praxis und Haltung zu positionieren. Die Beiräte der Niedersächsischen Beratungsstelle für Sinti und Roma wurden ebenfalls über die Vorgänge informiert. Darüber hinaus wurde der Fall sowohl innerhalb der Bundesvereinigung der Sinti und Roma als auch im Niedersächsischen Verband deutscher Sinti und weiteren Kooperationsnetzwerken eingehend erörtert.

Sollten Sie an der bisherigen Haltung festhalten, behalten wir uns ausdrücklich vor, politische Schritte zu prüfen und die Angelegenheit auch auf bundesweiter Ebene öffentlich breit zu thematisieren.

Mit freundlichen Grüßen,

Niedersächsischer Verband deutscher Sinti